

# BESCHLUSS DER VOLLVERSAMMLUNG VOM 23. NOVEMBER 2024

## JUNGE MENSCHEN SIND DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

*Für eine Politik, die junge Menschen ernst nimmt und beteiligt – für eine Gesellschaft, in der junge Menschen ihren Platz haben*

**„Politik macht nichts, um Probleme zu lösen. [...] Vielleicht mal aus dem Büro rausgehen und schauen, was wirklich los ist.“<sup>1</sup>**

Die im Juni 2024 veröffentlichte SINUS-Jugendstudie unterstreicht mit Interview-Zitaten wie diesem die aktuelle Perspektive eines wachsenden Anteils junger Menschen auf Politik. Ihr Meinungsbild über das politische System hat sich in den letzten Jahren merklich verschlechtert. Ein wachsender Anteil erwartet von Politiker\_innen und demokratischen Parteien keine Lösungsansätze für die aktuellen Herausforderungen. Zugleich nehmen junge Menschen Probleme und Ungerechtigkeiten in ihrem Umfeld zwar wahr und entwickeln eigene Lösungsansätze, fühlen sich aber von Politik und von Erwachsenen generell nicht ernst genommen und beteiligt. Deshalb beteiligen sie sich in vielen demokratischen Räumen nicht.<sup>2</sup> Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die im Oktober 2024 veröffentlichte Shell Jugendstudie.<sup>3</sup>

### **Die Gesellschaft muss um die Zustimmung und das Vertrauen der Jugend kämpfen!**

Nach der Europawahl im Juni 2024 wird an uns als Jugendverbände verstärkt die Frage herangetragen, warum junge Menschen Parteien mit rechtsextremem Gedankengut wählen und was sich dagegen tun lasse. Die Antwort auf diese Frage ist vielschichtig und das verlorene Vertrauen vieler junger Menschen in das demokratische System (zurück) zu gewinnen, wird viel Zeit und viele Ressourcen kosten. Dieser Einsatz ist jedoch entscheidend für die Zukunft der Demokratie.

Junge Menschen wachsen aktuell in einer Zeit multipler Krisen auf. Das verunsichert. Dieser Effekt wird verstärkt, wenn Krisen auf dem Rücken junger Menschen ausgetragen werden, ihre Zukunft ungewiss erscheint und Angst macht.

Wir fordern, dass Politik die Interessen junger Menschen wahr und ernst nimmt und Krisenfolgen für sie so weit wie möglich reduziert.<sup>4</sup> Dazu gehört auch, dass ein funktionierender demokratischer Staat soziale Sicherheit bietet, in Krisen und darüber hinaus. An dieser Stelle darf nicht weiter gespart und zurückgebaut werden.

In diesem Zusammenhang muss außerdem eine wirksame Kindergrundsicherung eingeführt werden, damit Kinder krisenfest aufwachsen können. Und es braucht endlich ein sozial

---

<sup>1</sup> Calmbach u.a.: *Wie ticken Jugendliche? 2024. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland*, SINUS-Jugendstudie 2024, S. 174

<sup>2</sup> Die hinter dieser Analyse stehende SINUS-Jugendstudie 2024 bietet ein umfassendes Bild der Einstellung junger Menschen zu Politik und Demokratie. Die Studie wird alle vier Jahre durchgeführt und bietet somit auch die Möglichkeit, Entwicklungen dieser Einstellung zu beobachten.

<sup>3</sup> Die Shell Jugendstudie 2024 bietet ebenfalls einen Einblick in die Einstellungen und Werte junger Menschen und ihre Perspektiven auf Politik und Demokratie. Sie wird im Abstand von ca. vier Jahren durchgeführt und hat gleichfalls einen Fokus auf die langfristige Entwicklung der Einstellungen junger Menschen.

<sup>4</sup> *Junge Menschen sind systemrelevant*, Beschluss der Vollversammlung vom 14. November 2020; *Jugend beteiligen – solidarisch und krisensicher!*, Beschluss der Vollversammlung vom 20. November 2021

gerechteres Steuersystem, damit Krisengewinner\_innen an den Ausgleichsmaßnahmen beteiligt werden können.

Belastend für junge Menschen ist, dass sie regelmäßig mit Voreingenommenheit erwachsener Menschen konfrontiert werden, die mit ihrem Lebensalltag und ihren Lebenseinstellungen nichts zu tun haben. Die Erwachsenengeneration soll sich mit jungen Menschen verbünden und sich gemeinsam mit ihnen gegen schlechte Bedingungen in Schule, Arbeitswelt und Gesellschaft engagieren.

Der Alltag von jungen Menschen ist geprägt von vielfältigen und oft sehr belastenden Sorgen: der Sorge, eine gute Ausbildung zu finden oder sich eine geeignete Wohnung leisten zu können, der Sorge vor der Klimakrise, der Sorge vor der eigenen Abschiebung oder der Abschiebung von Freund\_innen und so weiter. Diese Sorgen führen zu Erschöpfung und können krank machen. Gleichzeitig sind sie kein Zufall, sondern ein Ergebnis von Machtstrukturen. Junge Menschen haben weniger Möglichkeiten, sich gegen solche Ungerechtigkeiten zu wehren. Sie sind auf das Handeln Erwachsener angewiesen. Das muss sich ändern – junge Menschen müssen beteiligt werden!

Politik muss transparent, ehrlich und an den Interessen der Menschen aller Altersgruppen orientiert Perspektiven entwickeln – auch über die laufende Wahlperiode hinaus. So darf etwa eine an den Menschen- und damit auch Kinderrechten orientierte Auseinandersetzung mit Migration und Flucht nicht floskelhaft rechte Abschiebeforderungen wiederholen oder Geflüchtete nach Verwertungsmaßstäben beurteilen. Gemeinsam mit der Gesellschaft muss Politik eine positive Zukunftsvision entwickeln und gesellschaftliche Macht- und Ungleichheitsstrukturen kritisch in den Blick nehmen, statt sich in Abwehrkämpfen gegen Populist\_innen zu erschöpfen.

### Adultismus<sup>5</sup> in der Gesellschaft überwinden

Erwachsene urteilen schnell über das Verhalten junger Menschen. Ein Beispiel dafür bietet die Debatte über das Abstimmungsverhalten junger Wähler\_innen bei der Europawahl. Zwar haben die jungen Menschen nicht in größerem Umfang rechte Parteien gewählt als die älteren. Trotzdem wurde das Ergebnis bei Jungwähler\_innen besonders skandalisiert.<sup>6</sup>

Diese Ungleichbetrachtung darf kein Argument sein, jungen Menschen ihre politische Reife abzusprechen. Das Wahlergebnis auf die mangelnde politische Kompetenz der jungen Menschen zurückzuführen, greift zu kurz. Nicht berücksichtigt wird bei dieser Sichtweise, dass die Politik in Bezug auf die Themen junger Menschen deutliche Leerstellen aufweist und ihnen die Zugänge zu politischem Engagement erschwert. Darüber hinaus zeigt die vermehrte Wahl von Kleinstparteien, dass junge Menschen sich mit vielen verschiedenen Themen beschäftigen und sich mit diesen in den größeren Parteien nicht wiederfinden. Hier gilt es für die demokratischen Parteien, sich jungen Menschen und ihren Themen zu öffnen.

Junge Menschen sind politisch. Das gilt es ernst zu nehmen. Junge Menschen sind außerdem ein gleichwertiger Teil der Gesellschaft. In ihrer politischen Teilhabe spiegelt sich das aktuell nicht wider.

---

<sup>5</sup> Adultismus bezeichnet die Diskriminierung junger Menschen aufgrund ihres Alters.

<sup>6</sup> Ein Beispiel ist dieser Artikel von „Der Westen“ aus Juli 2024: <https://www.derwesten.de/politik/europawahl-2024-ergebnis-erstwaehler-afdverkorkste-id300996711.html> [abgerufen am 22. Oktober 2024]

Wir fordern einen politischen und gesellschaftlichen Diskurs, der junge Menschen ernst nimmt und sich an ihren Themen und Lebenswelten orientiert. Die Themen junger Menschen müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen und in allen Politikfeldern mitgedacht werden. An diesen Debatten müssen junge Menschen direkt beteiligt sein, da sie sie unmittelbar betreffen. Eine Politik, in der junge Menschen nicht ernst genommen und wirkungsvoll beteiligt werden, ist adultistisch und schadet jungen Menschen, der Demokratie und der Gesellschaft.<sup>7</sup>

### Bildungsfragen weiterdenken

Eine ganzheitliche Bildung, die nicht auf Wissenserwerb reduziert wird, ermöglicht Kindern und Jugendlichen die Entwicklung zu selbst- und verantwortungsbewussten Persönlichkeiten. Zugleich ist sie Basis einer demokratischen Gesellschaft. Sie schafft die Voraussetzungen, sich in einer globalen, vielschichtigen, oft widersprüchlichen und unübersichtlichen Welt zurechtzufinden und sie aktiv mitzugestalten. In diesem Zusammenhang setzen wir uns seit langem für eine jugendgerechte Bildung auf der Grundlage eines erweiterten und transformativen Bildungsbegriffs ein.<sup>8</sup>

Demokrat\_innen erwachsen aus demokratischen Erfahrungen. Es braucht mehr (Frei-)Räume, in denen junge Menschen Demokratie (er)leben können. Diese dürfen sich nicht auf formalisierte Verfahren beschränken, sondern müssen auch experimentell sein dürfen. Diese Freiräume finden junge Menschen unter anderem in Jugendverbänden.

Jugendverbände sind Werkstätten der Demokratie. Das zeigt unser Wirksamkeitsdialog. Das Engagement in Jugendverbänden schafft die Voraussetzungen dafür, dass junge Menschen zu engagierten Demokrat\_innen und überzeugten Kosmopolit\_innen werden können.<sup>9</sup> Zugleich ist unsere Arbeit an vielen Stellen nicht auskömmlich finanziert. Sowohl in den Bereichen Integration und Inklusion, Prävention und Schutz als auch Bildung und Qualifizierung sowie im Bereich Engagementförderung ist die Arbeit unserer Verbände deutlich unterfinanziert. Um auch zukünftig einen qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Beitrag zur Demokratieförderung leisten zu können, muss eine bedarfsgerechte Finanzierung gesichert werden.

Junge Menschen verbringen einen großen Teil ihrer Zeit in der Schule. Sie nehmen diese aber als nicht-demokratischen Ort wahr.<sup>10</sup> Hier braucht es mehr echte Partizipation und Demokratiepädagogik.

Als Jugendverbände treten wir an vielen Stellen in den Dialog mit Schule und bieten unsere Expertise an. Gerade der Bereich des offenen Ganztags bietet dabei viel Potenzial für Kooperationen. Wir müssen Bildung umdenken: Nur durch eine gleichberechtigte Zusammenarbeit formaler und non-formaler Bildungsakteur\_innen können wir eine

---

<sup>7</sup> *umdenken – jungdenken! Für eine einmischende Jugendpolitik in Nordrhein-Westfalen*, Beschluss der Vollversammlung vom 9. Oktober 2013; *Partizipation ganzheitlich gestalten*, Beschluss der Vollversammlung vom 19. November 2022

<sup>8</sup> *Bildungsleistung der Jugendverbände in Nordrhein-Westfalen*, Beschluss der Vollversammlung vom 20. März 2003; *Bildungspolitische Forderungen des Landesjugendrings NRW*, Beschluss des Hauptausschusses vom 21. Februar 2017

<sup>9</sup> Landesjugendring NRW: *Wirksamkeitsdialog. Sind Jugendverbände Werkstätten der Demokratie?*, insb. S.14 – 18 & 21

<sup>10</sup> Vgl. Calmbach u.a.: *SINUS-Jugendstudie 2024*, S. 227 – 263

jugendgerechte Bildung erreichen und damit die Basis für eine demokratische Gesellschaft schaffen.

### Jugendverbände schaffen Orientierung

Als Jugendverbände haben wir das Ziel, jungen Menschen Orientierung zu geben. Wir wollen ihnen Diskursräume eröffnen und Selbstwirksamkeits- und Demokratieerfahrungen ermöglichen. Wir wollen Ort sein für vielfältige Menschen mit unterschiedlichen Meinungen und gesellschaftlichen Positionierungen. Klar ist aber, dass für Hass kein Platz ist und wir uns daher von menschenfeindlichen und extrem rechten Positionen klar abgrenzen.<sup>11</sup>

Die verbandlich organisierte Jugendarbeit stellt als jugendpolitische Interessen- und Selbstvertretung die zentrale zivilgesellschaftliche Institution für die politische Teilhabe und (Selbst-)Organisation junger Menschen dar. Jugendverbände sollten daher offene Orte für alle sein. Dahingehend wollen wir uns in der Zukunft noch weiterentwickeln und offener werden für die Vielfalt der jungen Generation. Wir stellen uns selbstkritisch die Frage, wen wir mit unseren Angeboten erreichen und wie wir zukünftig noch weitere junge Menschen ansprechen können, die bisher keinen Zugang zu den Angeboten der Jugendverbände finden.

Als Jugendverbände ist es unsere Aufgabe, die Beteiligungsrechte der jungen Menschen gegenüber Politik und Gesellschaft einzufordern und durchzusetzen. Dafür werden wir uns weiter starkmachen – als junge Menschen selbst und anwaltschaftlich für junge Menschen.

### Junge Menschen beteiligen – Die Demokratie gemeinsam stärken

Die Demokratie befindet sich aktuell in einer besonderen Bewährungsprobe und muss sich weiterentwickeln.

Wenn es gelingt, dass junge Menschen in Anerkennung ihrer Selbstbestimmungs- und Beteiligungsfähigkeit endlich gleichwertiger Teil der Gesellschaft werden, wenn sie an allen sie betreffenden Fragen gleichberechtigt beteiligt werden, werden sie Vertrauen in die Demokratie (zurück)gewinnen und die Ergebnisse demokratischer Prozesse werden um die junge Perspektive reicher und damit besser.

Um dies zu erreichen, fordert der Landesjugendring NRW alle demokratischen politischen Akteur\_innen auf,

- sich mit vollem Einsatz dafür zu engagieren, das Vertrauen junger Menschen in die Demokratie (zurück)zu gewinnen. Als Landesjugendring NRW wollen wir in diesem Prozess konstruktiver Ansprechpartner sein.
- zukunftsorientiert zu denken und die großen Herausforderungen der Gegenwart konstruktiv zu bearbeiten.
- die Anliegen und Positionen junger Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen und Politikfeldern mitzudenken und die Mitwirkung und Mitarbeit junger Menschen zu fördern und strukturell zu verankern.
- die gleichberechtigte Förderung und Zusammenarbeit formaler und nonformaler Bildungsakteur\_innen für eine jugendgerechte Bildung umzusetzen.

---

<sup>11</sup> *Keine Bühne für Rechtspopulismus*, Beschluss des Hauptausschusses vom 7. April 2016; *Kein Fußbreit der AfD – aktiv werden gegen die extreme Rechte!*, Positionspapier des Hauptausschusses vom 6. Februar 2024

## Beschluss der Vollversammlung

Junge Menschen sind die Zukunft der Demokratie vom 23. November 2024

Als Jugendverbände vertreten wir die Interessen junger Menschen. Diese bringen wir ein in den Dialog mit Politik, Verwaltung, Schule und zivilgesellschaftlichen Organisationen darüber, wie junge Menschen besser beteiligt werden können und die Demokratie gestärkt werden kann.

Junge Menschen sind die Zukunft – und wenn sie über diese von Beginn an mitbestimmen, wird es eine gute Zukunft.